

Antrag

öffentlich

Datum

04.03.2014

Nummer

A0041/14

Absender

Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz

Adressat

Vorsitzende des Stadtrates
Frau Wübbenhorst

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

20.03.2014

Kurztitel

Allen Jugendlichen nach erfolgreichem Schulabschluss eine Chance geben

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu klären, welche Angebote zur beruflichen Ausbildung in den Eigenbetrieben der Stadt und den städtischen Gesellschaften oder Gesellschaften mit städtischer Beteiligung auch für Absolventinnen und Absolventen mit Hauptschulabschluss angeboten werden können. Dabei soll der bundesweite Vergleich mit Unternehmen in privater und öffentlicher Hand gesucht werden.

Begründung:

Schülerinnen und Schüler, die mit einem Hauptschulabschluss die Schule verlassen, haben es deutlich schwerer als andere, einen Ausbildungsplatz zu finden. Zum Teil mehr als 50 Prozent der Jugendlichen, die bundesweit nach dem Verlassen der Schule im Übergangssystem landen, haben einen Hauptschulabschluss. Sie erhalten keinen Ausbildungsplatz, obwohl sie ausbildungsreif sind. Ausbildungsangebote der Stadt setzen fast ausnahmslos mindestens den Realschulabschluss voraus. Das gilt auch für Berufe, die andernorts für Bewerberinnen und Bewerber mit Hauptschulabschluss zugänglich sind. Es kann nicht hingenommen werden, dass Unternehmen in städtischer Hand oder mit städtischer Beteiligung Hauptschulabsolventinnen und –absolventen keinerlei Chance für einen Ausbildungsplatz geben, die Stadt sich aber andererseits am Bundesprogramm „Regionales Übergangsmanagement“ beteiligt, das helfen soll „den Anteil der Jugendlichen mit einem qualifizierten beruflichen Abschluss zu erhöhen“, so der Oberbürgermeister. Der erste Schritt wäre doch dann Jugendlichen mit einem erfolgreichen Schulabschluss auch eine Ausbildung zu ermöglichen. Solange der Hauptschulabschluss, der die Berufsreife bescheinigen soll, als Schulabschluss existiert, muss es auch möglich sein, sich mit ihm bei Betrieben der Stadt zu bewerben.

Frank Theile
FraktionsvorsitzenderDr. Rosemarie Hein (MdB)
bildungspolit. Sprecherin